

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Einzelheft 2.60 RM, monatlich 1.30 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus, wenn möglich. Einzelne Wochennummern 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich 1.30 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 3 RM. monatlich. Postbestellungen nehmen wir in Danzig, Berlin, Breslau, Chemnitz, Schweden u. die Schweiz. Einzelnachfragen in die Post-Zeitungs-Verwaltung.  
**Verkauf:** täglich.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 Beträgt 1. für die demselben Blatt zugehörige 60 Zeilen „Kleine Anzeigen“, das ist die gewöhnliche 20 Zeilen (zweifache 2 Zeilen) betragende Zeile, jedes weitere Wort 10 Pf. Die ersten 10 Zeilen und die ersten 10 Zeilen der ersten 10 Zeilen sind für die ersten 10 Zeilen der ersten 10 Zeilen. Familien-Anzeigen 50 Pf., politische u. gewerkschaftliche Anzeigen 40 Pf. Die Zeile, die für die nächste Nummer währen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin S. 26. Einmalige 3. 2. gegeben werden. Schluß am 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.  
 Dienstag, den 13. November 1917.  
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Russland für Waffenstillstand und Frieden.

Die neue russische Regierung geht mit wahrhaft revolutionärer Entschiedenheit auf ihr Ziel los. Sie schlägt einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten vor. Der Waffenstillstand soll drei Monate dauern, und in dieser Zeit sollen in einem neutralen Lande Verhandlungen zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedens geführt werden. Die allgemeinen Grundzüge, die nach russischer Auffassung für diesen Frieden maßgebend sein sollen, werden dem näher ausgeführt, doch wird sofort mit diplomatischer Geschicklichkeit hinzugefügt, daß die russische Regierung ihre eigenen Bedingungen nicht als endgültig betrachte, sondern auch bereit sei, andere Friedensbedingungen zu prüfen. So soll den Ausreden und Ausflüchten, an denen es nicht fehlen wird, jedes Loch verstopft werden.

Die Frage steht heute für die Regierungen so, ob sie bereit sind, einen Waffenstillstand für drei Monate abzuschließen, um in die Erörterung der Friedensfrage auf Grund des russischen Vorschlags, aber ohne Bindung an ihn einzutreten. Diese Frage kann nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden, sondern nur mit Ja oder Nein. Für die deutsche Regierung kann sie gar nicht anders lauten als Ja!

Die deutsche Regierung muß zugleich dem Vorwand begegnen, als ob sie mit ihrer Zustimmung die Gegner in eine Falle locken wolle. Sie kann das tun, indem sie erklärt, daß sie weder beabsichtige zu annektieren, noch in Anexionen auf deutsche Kosten einzuwilligen, weder andere zu demütigen und zu berauben, noch sich selber demütigen und berauben zu lassen. Alles, was sie zu sagen hat, ist eigentlich in der Resolution des Reichstags vom 19. Juli und in der Antwort an den Papst schon ausgesprochen. Und es bedürfte keiner Wiederholung, wenn nicht immer wieder der Versuch gemacht würde, den Reichstagsbeschluss als geschichtlich überholt und wertlos erscheinen zu lassen.

Demgegenüber ist es notwendig zu zeigen, daß jener Beschluss kein diplomatisches Hilfsmittel des Augenblicks, kein Stück einer leeren Gelegenheits- oder Stimmungspolitik, sondern ungeschwächt fortbestehende und fortwirkende Wirklichkeit ist. Schon ein flüchtiger Blick zeigt, daß er sich mit den Grundzügen, die die russische Regierung als Verhandlungsbasis vorschlägt, aufs Engste berührt. Soweit Verschiedenheiten bestehen, können sie kein Hindernis dafür sein, in den Waffenstillstand einzuwilligen und die Verhandlungen zu beginnen. Verhandlungen sind eben dazu da, solche Meinungsverschiedenheiten aus der Welt zu schaffen!

Man erhebt den Einwand, daß die gegenwärtige Regierung Rußlands vielleicht gar nicht imstande sei, im Namen des russischen Reiches zu handeln, und daß sie bald wieder durch Gewalt gestürzt sein könnte, wie sie durch Gewalt aus Rußland gelangt ist. Aber ihr Friedensvorschlag würde auch dann eine geschichtliche Tatsache bleiben, die das Erbteil der Nachfolger belastet. Es kann möglicherweise leichter sein, die gegenwärtige Regierung zu stürzen als ihren Vorschlag zu widerrufen, der zweifellos dem Willen des russischen Volkes entspricht. Unter den neuen Machthabern würde sich das russische Volk nach der gestürzten Regierung zurückziehen, wenn jene den angebotenen Friedenssaden wieder zerreißen sollten. Der Friedensvorschlag verdient also die achtungsvollste Behandlung, nicht weil er von dieser oder jener Regierung gestellt, sondern weil er ein Ausdruck des wirklichen Volkeswillens ist.

Wie aber der Vorschlag selbst, so wird auch die Stellung, die die einzelnen Regierungen zu ihm einnehmen, in der Verkettung des künftigen Weltgeschehens als Ursache weiter wirken. Selbstverständlich ist es unser lebhaftester Wunsch, daß er allgemeine Annahme finden möge. Aber als ein Vorteil wäre es schon zu betrachten, wenn ihn nur die Mittelmächte annähmen, während die Entente ihn ablehnte oder unbeantwortet ließe. Das wäre eine Tatsache, die sich dem Gedächtnis und dem Gewissen aller Völker in unverlöschlichen Zügen einprägen müßte!

Wenn heute der „Temps“ sagt, Frankreich werde den Frieden „nicht in einer Höhle abschließen“, so spricht daraus der freche Bourgeoischmutz, dem eine sozialistische Arbeiterregierung nicht als Verhandlungsfähig erscheint. Die Waffe des französischen Volkes denkt und urteilt anders. Schon das eine Beispiel zeigt, daß in jedem Staat, der sich weigert, auf den Boden des russischen Vorschlags zu treten, der Klassengegensatz weit aufgerissen werden muß.

Wir deutschen Sozialdemokraten sehen in den russischen Bolschewiki keine Männer, deren Theorien in jedem Punkte richtig und deren Methoden in allen Ländern anwendbar wären, aber wir sehen in ihnen Sozialisten und Klassengenossen, und da erkennen wir gerne an, daß ihre erste Tat nach ihrer Ankunft in der Nacht des Sozialismus durchaus würdig ist. Diese Anerkennung wird uns dadurch erleichtert, daß das russische Manifest selbst ein rein sozialistisches Dokument ist, das alles

Trennende des Richtungskretzes beiseite läßt und die Verdienste der deutschen Arbeiterklasse um den Sozialismus nicht verkennt.

Wo es um den Weltfrieden geht, da sollen unter Sozialisten alle Meinungsverschiedenheiten zugunsten der einheitlichen Aktion verschwinden. Und wenn die neue bolschewistische Regierung mit ihrem Friedensvorschlag durchdringen will, so kann sie sich nicht — diese Erkenntnis leuchtet aus ihrem Manifest deutlich hervor — nur auf die sozialistischen Minderheiten stützen, sondern sie muß an den ganzen Sozialismus, die ganze Arbeiterklasse und darüber hinaus sogar an die bürgerliche Welt und an die bürgerlichen Regierungen appellieren, mit denen zu unterhandeln sie denn auch in der Tat bereit ist.

Die deutschen Arbeiter ohne Unterschied der sozialistischen Richtung begrüßen den russischen Vorschlag als einen vielversprechenden neuen Schritt zum Frieden. Sie sind zu seiner lebhaftesten Unterstützung bereit. Sie werden es nicht dulden, daß sich in der deutschen bürgerlichen Regierung jene Hochmuthkeusele regen, die in der französischen Regierungspresse schon so munter sind. Sie erwarten, daß der russische Vorschlag achtungsvoll behandelt und günstig aufgenommen wird. Rußlands Feinde sind nicht die deutschen Proletarier im feldgraunen Rock, die weiterkämpfen müssen, weil die Gegner bisher vom Frieden nichts wissen wollten. Rußlands Feinde dürfen auch nicht die deutschen Staatsmänner sein — und jetzt haben sie Gelegenheit zu zeigen, daß sie es nicht sind — sondern Rußlands und aller Völker Feinde sind diejenigen, die dieses unsinnige Schicksal weiter fortführen wollen. Möge sich die deutsche Regierung aus dieser Gesellschaft so weit wie möglich entfernen, und sich aufrichtig und entschlossen an die Seite der Menschlichkeit, der Vernunft und des Friedens stellen. Eine solche Politik der Klarheit und Offenheit wird im deutschen Volke viel besseres Verständnis finden als eine Politik der alten diplomatischen Hausmittel, eine Politik, deren „staatsmännische Zurückhaltung“ weltgeschichtliche Gelegenheiten veräuft.

## Der Friedensvorschlag des Sowjet-Kongresses.

Petersburg, 9. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte hat die Bedingungen für einen Friedensvorschlag angenommen. Er erklärt: Die durch die Revolution vom 6. und 7. November geschaffene Regierung der Arbeiter und Bauern, die sich auf den Arbeiter- und Soldatenrat stützt, schlägt allen Regierungen der Kriegführenden vor, alsbald Besprechungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen. Die Regierung ist der Ansicht, daß ein gerechter demokratischer Frieden, der von der Mehrheit der Arbeiterklassen aller Kriegführenden Länder erstrebt wird, die durch den Krieg erschöpft und ruiniert sind, ein Frieden, den die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Monarchie fordern, ein sofortiger Frieden ohne Anexionen, d. h. ohne widerrechtliche Aneignung fremder Gebiete und ohne gewaltsame Eroberung fremder Nationalitäten, und ein Frieden ohne Kontraktionen sein muß. Die russische Regierung schlägt allen Kriegführenden vor, sogleich einen solchen Frieden zu schließen und sich bereit zu erklären, unverzüglich alle energischen Schritte zur endgültigen Billigung aller Bedingungen dieses Friedens durch die Bevollmächtigten aller Länder und aller Nationen zu tun. Unter

**Annexion**  
 oder widerrechtlicher Gebietsaneignung versteht die Regierung nach dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der Arbeiterklassen im besonderen jede Annexion einer kleinen schwachen Nationalität an einen großen mächtigen Staat ohne Zustimmung dieser Nationalität und unabhängig von dem Grade ihrer Zivilisation und ihrer geographischen Lage in Europa oder in jenseits des Ozeans gelegenen Ländern. Wenn irgendeine Bevölkerung von irgendeinem Staat gewaltsam festgehalten wird und wenn ihr gegen ihren Willen, wie es in der Presse oder in den Nationalen Versammlungen oder Parteischlüsseln oder durch Aufsehungen und Erhebungen gegen den Anterdrucker zum Ausdruck gelangt, das Recht zu allgemeiner Abstimmung verweigert wird, wenn man sich ferner weigert, die Besatzungstruppen zurückzuführen und der Bevölkerung nicht das Recht zugesteht, ihre politische Regierungsform einzurichten, so ist ein solcher Zustand Annexion oder widerrechtliche Aneignung. Die Regierung ist der Ansicht, daß eine Fortsetzung des Krieges zu dem Zweck, die schwachen besiegten Nationalitäten unter den reichen, mächtigen Nationen zu teilen, ein großes Verbrechen gegen die Menschheit ist. Daher verkündet die Regierung feierlich ihren Entschluß, einen Frieden zu

unterzeichnen, der unter den erwähnten für alle Nationalitäten gerechten Bedingungen diesem Kriege ein Ende machen wird.

Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß die erwähnten Bedingungen nicht als endgültig betrachtet werden sollen, das heißt, die Regierung ist damit

einverstanden, alle anderen Friedensbedingungen zu prüfen, wobei sie nur darauf besteht, daß diese Bedingungen so bald wie möglich von jedem Kriegführenden vorgelegt werden, und daß diese Bedingungen durchaus klar ohne die geringste Zweideutigkeit und ohne jeden geheimen Charakter seien. Ihrerseits unterbrückt die Regierung jede Geheimdiplomatie und bekräftigt ihren festen Entschluß, die Friedensbesprechungen offen vor der ganzen Welt fortzusetzen und zur

**Veröffentlichung aller geheimen Verträge**  
 zu schreiten, die von der Regierung der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten seit Februar bis zum 7. November 1917 gebilligt oder geschlossen worden sind. Die Regierung erklärt den Inhalt dieser Geheimverträge für null und nichtig, soweit sie, wie es in der Mehrzahl der Fälle geschieht, alle Arten von Vergünstigungen und Vorrechten den Großgrundbesitzern und Kapitalisten zugestehen suchen, indem sie die von den Großrußen gemachten Anexionen aufrechterhalten oder vermehren.

Indem die Regierung alle Völker einladet, sogleich Friedensverhandlungen zu beginnen, erklärt sie sich ihrerseits bereit, diese Vorverhandlungen durch schriftliche oder telegraphische Mitteilungen sowie durch Besprechungen zwischen Vertretern der verschiedenen Länder oder durch Konferenzen aus den genannten Vertretern zu verwirklichen. Um diese Vorverhandlungen zu erleichtern, wird die Regierung Bevollmächtigte in den neutralen Ländern ernennen.

Die Regierung schlägt den Regierungen aller Kriegführenden

**sogleich einen Waffenstillstand zu schließen;**  
 sie glaubt ihrerseits, daß dieser Waffenstillstand für drei Monate geschlossen werden muß, welche Zeit genügen würde, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen; sie schlägt ferner vor, daß Vertreter aller Nationalitäten oder Nationen, die in den Krieg hineingezogen sind, oder ihn über sich ergehen lassen mußten, an den Friedensbesprechungen teilnehmen, und daß eine Konferenz aus Vertretern aller Nationen der Welt zur endgültigen Billigung der ausgearbeiteten Friedensbedingungen zusammenberufen werde.

Indem die vorläufige Regierung der russischen Arbeiter und Bauern diese Friedensvorschläge den Regierungen aller Kriegführenden Länder macht, wendet sie sich insbesondere

**an die Arbeiter**  
 der drei zivilisiertesten und am tätigsten am gegenwärtigen Kriege teilnehmenden Nationen, nämlich Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser drei Länder haben der Sache des Fortschritts und des Sozialismus die größten Dienste erwiesen, nämlich durch Einrichtung der Charten in England, die großen Revolutionen des französischen Proletariats und den heldenhaften Kampf der deutschen Arbeiter für ihre Organisation. Alle diese Beispiele geben die Gewähr, daß die Arbeiter dieser Länder die Probleme begreifen, die sich vor ihnen erheben, Probleme der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des Krieges, und daß diese Arbeiter durch ihre mächtige Tatkraft voller Selbsterleuchtung uns helfen werden, das Werk des Friedens zu Ende zu bringen und alle Arbeiterklassen von Ausbeutung zu befreien.

Kopenhagen, 12. November. Meldung des Rigaer Bureaus. Die Mitglieder der hiesigen russischen Gesandtschaft haben gestern einstimmig beschlossen, die maximalistische Behörde in Petersburg nicht anzuerkennen. Welchen Wert dieser Beschluß hat, das wird davon abhängen, ob die Regierung der russischen Arbeiter und Bauern sich gegen die Stürme, die ihr noch bevorstehen, durchsetzen kann oder nicht.

## Die Wut der Entente über den Friedensvorschlag.

Paris, 11. November. (Gadaomebung.) „Temps“ schreibt: Mit Zustimmung von Deutschland und Österreich-Ungarn haben die Maximalisten von Petersburg den Angriff versucht, den wir erwarteten: Sie schlugen allen Kriegführenden vor, über den Frieden zu verhandeln und inzwischen einen dreimonatigen Waffenstillstand zu schließen. Die deutschen Blätter haben sich bereit, diese Tatsache zu veröffentlichen, und das „Fremdenblatt“ bespricht sie scheinbar ernsthaft, als wenn sie das Werk einer wirklichen Regierung wäre. Dadurch zeigt der Feind, was er von der Anregung Lenins und seiner Helfershelfer erwartet: er denkt weder daran, ernsthaft Verhandlungen zu beginnen, die ihn zwingen würden, seine Bedingungen bekanntzugeben, noch auch nur einen Sonderfrieden mit Rußland zu schließen, in dessen Namen zu sprechen













